

Die Wissenschafts- und Meinungsfreiheit stirbt – wegen immer mehr Intoleranz

Von Peter Helmes

Die Freiheit der Lehre, der Wissenschaft und des akademischen Diskurses ist in unserem Land zunehmend weniger gewährleistet

Im folgenden Beitrag geht es zwar zunächst um die Wissenschaftsfreiheit in Berlin, aber das Übel, das hier besprochen wird, trifft man nahezu an allen Hochschulen:

Es gilt das Diktat der Linken – wobei schon die Diskursfreiheit dadurch eingeschränkt ist, das alles, was nicht „links“ ist, als „rechts“ (i. S. v. rechtsaußen bzw. rechtsextrem) gebrandmarkt wird.

Wir erleben diese „Meinungslenkung“ aber auch in der Gesellschaft und vor allem in der Politik. Es gilt nur noch die eigene Meinung bzw. die meiner „Meinungsbrüder“. Andere Meinungen werden gar nicht erst zugelassen und oft als „faschistisch“, „reaktionär“ oder „abartig“ deklariert.

Der eigentliche Wert eines offenen, freien Diskurses – der Austausch von Argumenten und das Abwägen des Für und Wider – wird auf dem Altar des Meinungsdictates zunehmend geopfert. Zynisch dabei ist, daß die Meinungsdictierer die Meinungsfreiheit für sich usurpieren – wie schon von Linksikone Rosa Luxemburg vorgelebt: Bei uns herrscht Meinungsfreiheit, solange Du unsere Meinung vertrittst!

Das Ergebnis dieser unsäglichen Geistesentwicklung wird zunehmend spürbar:

Es stirbt nicht nur die Freiheit der Wissenschaft, sondern die radikal vertretene Meinung tötet nach und nach andere Gedanken und wirkt entwicklungsfeindlich: Innovationen bleiben auf der Strecke, wenn sie nicht in mein Weltbild passen. (Abschreckendes Beispiel dafür ist die derzeit grassierende Hatz auf das Auto schlechthin und den Diesel im Besonderen, wobei die Liste sich endlos fortsetzen ließe.)

Wo aber keine (echte) Freiheit für Ideen und Neuentwicklungen herrscht, stirbt der Erfindergeist – und verhungert der Philosoph. Denn zuerst stirbt die Freiheit von Lehre, Wissenschaft und des akademischen Diskurses.

Peter Helmes, 10.8.19

Ein guter Freund von mir, der selbst viel und lange unter Linken gelitten hat, sandte mir den folgenden alarmierenden Bericht:

Die Toleranz gegenüber anderen Meinungen sinkt – "Toleranz" nur „Linksradikale“ und "Linksliberale“ (Eine rotgrüne Gemüsesuppe!)

Vorlektüre:

https://www.deutschlandfunk.de/wissenschaftsfreiheit-die-toleranz-gegenueber-anderen.1148.de.html?dram%3Aarticle_id=455635&fbclid=IwAR1g4jiaIVjsM9oY2zRfEhGuEAc614SAHWSyiHgDf7yEzaZIKDfG2Q3NmPQ

„Ich habe von 1976 bis 1984 an der FU Berlin „Germanistik, Publizistik und Politik“ studiert. Meine „wichtigsten Professoren“ waren – tatsächlich – Mitglieder der maoistischen KPD

(Stalin hatte zu 80% recht, zu 20% unrecht: Die Professoren Bauer, Domdey, Rothe u.a.).

Die Gänge und die Podien der „Rostlaube“, (*des Komplexes Germanistik an der FU*) wurden beherrscht von „AdSen“ („Arbeitsgemeinschaft Demokraten und Sozialisten“; Jusos und SEW); Ablegern vom KBW, (Kommunistischer Bund Westdeutschlands); der KPD/ML (Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten/ Leninisten), der „GIM“ (Gruppe „Internationale Marxisten“, Trotzlisten) und ähnlichen „Gruppen“. „Toleranz“ gegenüber „Nichtmarxisten“ gabs natürlich garnicht . (Höchstens Gewalt!) Nicht mal untereinander waren diese Irren „tolerant“.

Heute beherrschen sie fast alle Redaktionen der BRD (von der ARD bis zu allen Printmedien inklusive Spiegel, Tagesspiegel, Süddeutsche, Zeit und wie sie alle heißen); denn in anderen Universitäten dürfte es nicht besser gewesen sein.

Wer also in diesem Lande für eine „Demokratie“ - und nicht für eine Linksdiktatur ist - hat keine Toleranz zu erwarten.

Höchste Zeit, daß jene 90% „Nichtmarxisten“ aufwachen und handeln, bevor sie die 10% -Minderheit – Merkel an der Spitze - wieder an die Kette legt.

Aber scheinbar haben sie nur in der ehemaligen DDR gelernt, was Linksdiktaturen und Rechtsdiktaturen bedeuten.

In den „Alten Bundesländern“ wurden sie wie Hummer im eigenen Saft gekocht.(Die haben dann die schöne rote Farbe !!)

Wissenschaftsfreiheit Die Toleranz gegenüber anderen Meinungen sinkt

https://www.deutschlandfunk.de/wissenschaftsfreiheit-die-toleranz-gegenueber-anderen.1148.de.html?dram%3Aarticle_id=455635&fbclid=IwAR1g4jjalVjsM9oY2zRfEhGuEAc614SAHWSyiHgDf7yEzaZIKDFG2Q3NmPQ

Universitäten sind Stätten geistiger Auseinandersetzung. Doch zunehmend kritisieren Wissenschaftler, dass an den Universitäten zu viel moralisiert und zu wenig argumentiert werde und die Toleranz für andere Meinungen sinke. Wie passt das zu der im Grundgesetz garantierten Wissenschaftsfreiheit?

Von Ingeborg Breuer

[Hören Sie unsere Beiträge in der Dlf Audiothek](#)

„Philosophie und Praxis der Meinungsfreiheit“ hieß das Seminar, das der Siegener Philosoph Dieter Schönecker im Wintersemester 2018/2019 anbot. Zuerst gab es ein Blockseminar über das Buch des britischen Aufklärers John Stuart Mill „Über Freiheit“. Dann wollte Schönecker rechte und linke Referenten zum Thema Meinungsfreiheit einladen. Unter anderem den wegen seiner migrationskritischen Thesen umstrittenen Erfolgsautor Thilo Sarrazin. Und dann auch noch Marc Jongen, Philosoph, ehemaliger Sloterdijk-Schüler und Landessprecher der AfD-Baden-Württemberg. Aber:

„Da habe ich 15 oder 16 Einladungen verschickt und hatte am Ende nur zwei Zusagen aus dem linken Spektrum, von denen einer vor Beginn der Vorlesungsreihe wieder abgesagt hat.“

„Rechte“ an der Uni

Die Einladung der beiden populären „Rechten“ wurde zum Skandal:

„Nie mehr Philo für den Thilo“

„Ich möchte nicht, dass diese Uni als rechte Uni gilt, die eine Bühne für Rechtspopulisten bietet.“

Der ASTA ebenso wie manche Studentengruppen protestierten gegen die beiden Referenten. Die Uni weigerte sich, Mittel zur Durchführung der Veranstaltung zur Verfügung zu stellen. Allerdings nahm sie diese Weigerung zurück, nachdem die Medien kritisch über die Siegener Vorfälle berichtet hatten:

„Es war dann am Ende so, dass ich zwar bestimmte Töpfe die mir zustehen, nutzen durfte. Aber andere Mittel, die normalen, die mir zustehen, nicht nutzen durfte. Und das hab ich als Angriff auf meine Wissenschaftsfreiheit verstanden.“

Sarrazin und Jongen konnten ihre Vorträge also halten – von der Polizei geschützt.

Aber die Ereignisse um das Siegener Seminar waren so umstritten, daß die „Deutsche Gesellschaft für Philosophie“ im Frühjahr eine Tagung zum Thema „Wissen.Schafft.Freiheit“ veranstaltete. Eine der Organisatorinnen, die Gießener Philosophin Professor Elif Özmen, nahm dort Stellung dazu, warum auch sie die Einladung nach Siegen ausgeschlagen hatte. Einerseits wolle sie – als überzeugte Deutsche mit Migrationshintergrund – nicht mit Vertretern der AfD auftreten, weil:

„die mir diesen Rechtsstatus Deutsche zu sein am Ende absprechen. Unter anderem weil sie sagen, das deutsche Volk umfasst 60 Millionen und alle anderen sind keine wahren Deutschen. Worüber sollte ich mit diesen Personen diskutieren?“

Zum anderen aber sei sie der Auffassung:

„Daß die Art und Weise der Veranstaltung und der Durchführung hochproblematisch ist. Die Frage ist, unter welchen Voraussetzungen man nichtwissenschaftliche Akteure an Unis sprechen läßt. Und gute Anlässe sind, daß sie als kompetente oder betroffene Sprecher zu dem Gegenstand etwas beizutragen haben. Und ich sehe das eigentlich bei beiden nicht.“

Der Züricher Philosoph und Habermas-Schüler Professor Lutz Wingert dagegen sah die Kriterien der Wissenschaftlichkeit bei der Siegener Veranstaltung durchaus gewährleistet:

„Weil man versucht hat, eine Theorie der Meinungsfreiheit an Erfahrungen mit Meinungsfreiheit zu überprüfen. Und man hat Leute, die Erfahrung mit der Meinungsfreiheit machen, wie Sarrazin und Jongen, eingeladen. Und jeder der Referenten mußte vorher den Vortrag abgeben und der Kollege Schönecker hat den Vortrag mit den Studenten diskutiert. Die konnten kritische Fragen stellen. Und insofern war es eine Pflicht zur kritischen Prüfung und zur Ermächtigung eines eigenständigen Urteils, das Schönecker den Studierenden ermöglicht hat.“

Toleranz gegenüber unbequemen Meinungen

Der „Siegener Fall“ bleibt umstritten. Aber die Diskussion um das, was an Hochschulen gesagt und gelehrt werden darf, geht weiter. Im Lit-Verlag erschien in diesem Jahr die Aufsatzsammlung **„Die Freiheit der Wissenschaft und ihre ‚Feinde‘“**. Der Kölner Jurist und Präsident des Deutschen Hochschul-Verbandes, Professor Bernhard Kempen, kritisierte auf der letzten Konferenz seines Verbandes, daß an den Hochschulen die Toleranz gegenüber anderen Meinungen sinke. Und zwar sowohl von Seiten der Studierenden als auch der Lehrenden:

„Das ist nicht nur ein studentisches Phänomen. Wir beobachten, daß es auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern und den Professoren eine Haltung gibt, die letztlich

diskursverweigernd ist. Die Bereitschaft, andere unbequeme Meinungen zu diffamieren und zu tabuisieren, die ist weit verbreitet über die Studierendenschaft hinaus.“

Besonders in den USA wird die Freiheit von Forschung und Lehre durch eine überzogene Idee politischer Korrektheit zunehmend eingeschränkt. Texte und Äußerungen, die von Minderheiten als verletzend empfunden werden könnten, müssen mit Warnhinweisen versehen werden. Umstrittenen Wissenschaftlern werden Auftrittsmöglichkeiten verweigert.

Eine Übermoralisierung, die den für die Forschung so wichtigen freien Austausch von Ideen behindert, klagen auch viele liberale Professoren. Das seien „pathologische Entwicklungen“, so auch der Münsteraner Jurist Professor Thomas Gutmann. Aus seinen eigenen Veranstaltungen kenne er dergleichen allerdings nicht:

„Immer mehr Leute glauben, sich in irgendeine Gruppenidentität einzufinden und allen anderen Leuten dann verbieten, in irgendeiner Weise auch noch wissenschaftlich irgendetwas zu sagen, was mit dieser Gruppenidentität zu tun hat. Oder die safe space Bewegung, die sagt, die Uni muß ein Raum sein, in dem es keine kognitiven Dissonanzen mehr gibt, indem ich so, wie ich bin, nicht verunsichert werde, in dem ich nichts lernen muss. Das ist eine Vorstellung, die der Idee von Universität radikal entgegen gesetzt ist.“

Amerikanische Verhältnisse bald in Deutschland?

Unbekannt sind solche Entwicklungen allerdings auch in Deutschland nicht. Zum Beispiel als Ende April eine Gruppe von Studierenden anonym im Internet die Absetzung der Frankfurter Ethnologie-Professorin Susanne Schröter forderte, die eine Konferenz zum muslimischen Kopftuch veranstaltete. Begründung: Sie bediene damit „rechtspopulistische Themen“. Oder als im Jahr 2015 Studenten einen anonymen Blog einrichteten. Dort wurden dem prominenten Politikwissenschaftler Herfried Münkler „rassistische Stereotype“, „Chauvinismus“ und „Eurozentrismus“ vorgeworfen. Und weil er in seiner Vorlesung gesagt hatte, daß Frauen in der Geschichte des politischen Denkens erst zu Anfang des 20. Jahrhunderts eine Rolle spielten, wurde er als „Sexist“ verunglimpft.

Der Berliner Stalinismus- und Gewaltforscher Jörg Baberowski wiederum wird von einer trotzkistischen Hochschulgruppe verfolgt, seit er den Verfasser einer kritischen Trotzki-Biografie in sein Kolloquium einlud. Zudem kritisierte der Historiker während der Flüchtlingskrise 2015 mit scharfen Worten die Merkelsche Politik und forderte eine restriktivere Asylpolitik. Seither wird er der „Flüchtlingshetze“ und „Geschichtsfälschung“ bezichtigt. Und wird darüber hinaus, so Bernhard Kempen:

„...verfolgt bis ins Privatleben hinein, bis zur Androhung physischer Gewalt. Dieser Mann ist, wenn Sie ihm heute begegnen, schon schwer gezeichnet durch diese Vorgänge. Dieser Mann betreibt Faschismusforschung und konzentriert sich dabei auch auf das stalinistische Unrecht in der früheren Sowjetunion. Das ist ein Forschungsgegenstand wie andere auch, und damit darf man sich befassen. Mir fehlen die Worte, wie man auf die Idee kommen kann, diesen Mann als einen verfassungsfeindlichen Extremisten einzustufen. Mir fehlen aber auch die Worte, wenn ich daran denke, wie lange die Leitung der Humboldt-Uni dafür gebraucht hat, um sich schützend vor Herrn Baberowski zu stellen.“

Anstelle des sachlichen Überprüfens von Argument und Gegenargument, so auch Lutz Wingert, komme es zunehmend zu einer Moralisierung des akademischen Diskurses. Mit der Folge:

„daß Argumente nicht mehr geprüft werden, sondern nur noch Gesinnungen. Das ist eine ungute Tendenz. Es gibt eine politisch korrekte identitäre Bewegung, die nur noch darauf achtet, zu erkennen, zu welchem Stamm jemand gehört. Wenn er zum richtigen Stamm gehört, dann wird er in Ruhe gelassen, und wenn du nicht zum richtigen Stamm gehörst, bist du moralisch minderwertig. Und damit schließt man Debatten.“

Regeln der Forschung

Doch solche Moralisierungen widersprechen geradezu dem Anspruch von Wissenschaft.

Denn Wissenschaft bedeutet das systematische Begründen von Thesen, das kritische Abwägen von Argumenten und rationale Reflexion.

Und zwar unabhängig davon, wie beunruhigend oder gar schockierend die Ergebnisse einer solchen Reflexion sind:

„Wissenschaftsfreiheit zielt auf begründete Urteile. Man kann nicht einfach sagen, der Klimawandel ist menschengemacht, um dann einige Hinweise wie zunehmende Hitzeperioden anzuführen. Sondern man muß andere Deutungen und Phänomene berücksichtigen und andere entkräften. Und man muß die Art, wie man Daten erhebt, offenlegen, man kann sich wenig berufen auf – das haben auch andere gesagt.“

Wissenschaftsfreiheit ist ein Unterpunkt der Meinungsfreiheit, wie sie in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert ist.

Und deshalb, schreibt der ehemalige Verfassungsrichter Friedhelm Hufen in dem Buch „Die Freiheit der Wissenschaft und ihre Feinde“:

„...kennt sie keinen Vorbehalt der politischen Korrektheit, etwa in Bezug auf Gender, Rasse, sexuelle Präferenzen, Religion und so weiter. Grenzen ergeben sich erst bei der konkreten Gefahr von Straftaten und Eingriffen in die Grundrechte Dritter.“

Das heißt: Die Rechtsordnung zieht die Grenze für die Freiheit der Wissenschaft. Aber nicht, so Bernhard Kempen, einzelne Gruppen, die meinen:

„...sie wüßten, was noch erträglich ist, was noch zum Meinungsspektrum gehört und was nicht mehr dazu gehört. Die Antwort ist, es gehört alles, was nicht strafrechtlich verboten ist, zum wissenschaftlichen Meinungsspektrum.“

Umgang mit umstrittenen wissenschaftlichen Erkenntnissen

Auch Positionen, die äußerst Streitbar sind. In den achtziger Jahren etwa vertrat der bis dahin hoch angesehene Historiker Ernst Nolte im sogenannten „Historikerstreit“ die These, die nationalsozialistische Judenvernichtung sei von den früheren stalinistischen Terrorakten in der Sowjetunion ‚inspiriert‘. Und insofern sei der, so Nolte, „Archipel Gulag ursprünglicher als Auschwitz“. Dies mag man hoch problematisch finden, aber:

„das alles ist nicht verfassungsfeindlich, damit darf man sich auseinandersetzen. Und dann ist es die Aufgabe der anderen, die meinen, daß damit Teile der historischen Wahrheit ausgeblendet oder in ihrer Bedeutung nicht richtig erfaßt werden, dagegenzuhalten und Argumente vorzutragen. Genau diesen rationalen Diskurs, den vermisse ich.“

Und was ist mit dem renommierten australischen Moralphilosophen John Finnis, der mit naturrechtlichen Argumenten und starken Worten Abtreibung und Homosexualität verurteilte,

letztere sogar mit „Sodomie“ verglich? In Oxford forderten Studenten, ihm deshalb die Lehrerlaubnis zu entziehen. Eine Forderung, die die Moralphilosophin Elif Özmen problematisch findet:

„Grundsätzlich hätte ich große Bedenken, Positionen aus dem Diskurs auszuschließen. Es ist nicht homophob zu sagen, daß die Ehe zwischen Mann und Mann und Frau und Frau durch die deutsche Verfassung nicht gedeckt ist. Also da brauchen wir nicht irgendwelche realhomophoben Wissenschaftler, sondern da gibt es genügend Verfassungspolitiker, Juristen, die diese Position vertreten. Gerade in der normativ verstandenen Philosophie müssen wir uns auch das Recht herausnehmen, das aktuell geltende Recht im Hinblick auf ethische Legitimität, Gerechtigkeit und so weiter zu reflektieren. Was sollen wir sonst tun?“

Ebenso wenig gerechtfertigt findet Elif Özmen, wenn der australische Philosoph Peter Singer in Deutschland immer wieder beschimpft und von Veranstaltungen ausgeladen wird. Als ‚Utilitarist‘ mißt Singer eine moralische Handlung daran, ob sie Leid vermeidet, beziehungsweise Glück befördert. Und bestreitet deshalb das unbedingte Lebensrecht schwerstbehinderter Säuglinge. Die Tötung eines Säuglings könne unter gewissen Umständen Leid vermeiden:

„Man muß sich diesen Argumenten stellen. Dafür sind Universitätsseminare ja auch da, daß wir unseren Mitstudierenden zeigen, wie man Argumente, aber auch gute Gegenargumente entwickeln kann. Was ich absolut unerträglich finde, ist, einer Person wie Peter Singer, der einen großen Teil seiner Vorfahren durch die Vernichtungspolitik des deutschen Nationalsozialismus verloren hat, vorzuwerfen, er sei ein Nazi. Und das ist das, was in Deutschland immer, wenn er versucht hat, aufzutreten, regelmäßig passiert ist.“

Der Preis der Freiheit

Auseinandersetzung also statt Ausschluß, Argumentieren statt Moralisieren seien die Merkmale der akademischen Freiheit, da sind sich viele Forscher einig. **Warum soll das nicht auch für Personen wie Thilo Sarrazin oder Mark Jongen gelten?** Schon vor 200 Jahren wußte der Philosoph John Stuart Mill, daß man auch von umstrittenen oder vermeintlich ‚falschen‘ Positionen lernen kann. Weil man dann lernt, die eigene Haltung besser zu verteidigen. Dies mag nicht immer einfach sein, ist aber das Gebot liberaler Demokratien:

„Wenn es neben der Würde des Menschen einen obersten Verfassungswert gibt, dann ist es doch der, daß die Freiheit immer mit der Zumutung verbunden sein muß, die Freiheitsausübung der anderen zu ertragen. Alles andere wäre ein egoistisches Freiheitsverständnis, das ins Chaos führt. Wir müssen immer mitdenken, daß unsere Mitmenschen in der Gesellschaft dieselbe Freiheit haben, daß die aber von ihrer Freiheit einen ganz anderen Gebrauch machen, und das zu ertragen, auch wenn es weh tut. Das gehört zur Freiheit, man kann auch sagen, das ist der Preis der Freiheit.“

(Quelle: quadriga productions, mit Dank an W. D./PH)

26.08.2019